

Deutsche Holzarbeiter.

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluss
Dienstag Mittag. — Zu beziehen durch alle
Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das
Organ gratis.

Redaktion und Expedition: Köln am Rhein,
Palmstraße 14. — Fernsprecher Nr. 7605. —
Inserate kosten die viergespaltene Pettizeile
30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen
der Zahlstellen kosten die Hälfte.

Nürnberg 1908.

Kg. Jedes Mal, wenn die deutschen Sozialdemokraten Anstalten treffen, zur jährlich wiederkehrenden Heerschau zusammenzutreten, sind sie eifrig bedacht, für ein Parteitagsglück Sorge zu tragen. Der Glanz des diesjährigen Parteitages, der in der letzten Woche in Nürnbergs Mauern tagte, war die Budgetbewilligung der süddeutschen Genossen. Schon vor dem Parteitag tobte der Kampf unter den feindlichen Brüdern in überaus gehässiger Form im gesamten sozialistischen Pressefeld oberhalb und unterhalb der Mainlinie, dieweil die Herren Genossen sich sagen: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Das Vorpressegeplänkel artete auf dem Parteitage selbst auf Grund eines Sprüchels, der im Saale von hoher Wand heruntergrüßte: Trozig kämpfen, nicht verzagen, kalten Blutes alles wagen“ zur erbiterten Schlacht aus. Bebel als „Kriegsherr“ kommandierte die Schlacht. Von der Warte, Rednertribüne genannt, herab begann er den Kampf mit grobem Geschrei, einem Gewehrschnellfeuer und spizen Bajonettschritten. Er hatte das einleitende Referat. Natürlich war er stark angetan über das „disziplinwidrige“ Verhalten der süddeutschen Genossen. Es handelte sich nicht mehr um eine einmalige, sondern um eine ständige Zustimmung zum Subjekt, nein, man will regelmäßig dafür stimmen! „Ich sage mir, daß diejenigen, die eine solch grundstütze andere Taktik von uns verlangen, nicht mehr Sozialdemokraten zu sein, daß auch die Partei aufhören würde sozialdemokratisch zu sein und daß sie ihren Namen in der einer sozialreformatorischen Arbeiterpartei umzuwandeln müßte. Ihr habt niemals solche Kämpfe zu führen gehabt, wie wir sie in Bremen geführt haben. Die Klugheit sagt uns nicht, daß wir in Nürnberg gehen und uns nicht an einen solchen Tagelöhner Kopf und Krage daran setzen lassen müssen.“ Das Entscheidende wäre doch nicht die Sozialreform, sondern das Endziel. Die Süddeutschen nahmen kampfeslustig den ihnen unter Bebels Führung von den Norddeutschen zugeworfenen Fehdehandschuh auf. München, Frankfurt am Main und Hildesbrand-Stuttgart, die die bedrohte Burg der Süddeutschen verteidigen sollten, nahmen sich einen der acht Parteitagssprüche zu Herzen: Wir sind ein Volk und einig wollen wir handeln“ und handelten auch bemerksprechend. Limm meinte ihnen, als er von den Norddeutschen auf dem Kampflage mit dem Rufe: „Berliner Wägen“ empfangen wurde: „Ebenso wie in dieser Frage, ohne uns gehört zu haben, die Parteivorteilhaftigkeit Stellung genommen hat, tun sie es auch. Innerhalb der Partei ist jeder vogelfrei, allbiemeil wir ja eine Partei der Brüderlichkeit sind.“ Scharf war der Schluss seiner Ausführungen, die im Verlesen einer Erklärung der Süddeutschen endigte, daß sie sich einem ihnen nicht gefallenden Parteitagsschluß nicht fügen, sondern dem Willen der Gesamtpartei Widerstand leisten würden! „Wir können und werden uns nicht einem wider uns gerichteten Parteitagsschluß unterwerfen, weil wir als freie Männer entscheiden müssen und uns nicht einem Terror von außen fügen können.“ Im gleichen Sinne sprachen Frank und Hildesbrand. „Je gewaltiger ein Volk, desto freier“, dachte bei der Verlesungsbekende Frank: „Wir konnten nicht ahnen, daß der Parteivorstand Wert darauf legte, unsern Auseinandersetzungen beizumohnen, es würde mich interessieren ob Ströbel etwas gemerkt hat.“ Redakteur Ströbel rief bildungsstiefend dem Redner zu: „Es ist eine Infamie!“

„Wissen ist Macht, also Lat“, diesen Spruch im Saal glaubten die Berliner Sozis bei Hildesbrands Ausführungen in die Praxis umzusetzen. Hildesbrand stellte nämlich fest, daß die Berliner sozialdemokratischen Stadtverordneten für das Budget gestimmt haben. Darob bei den Berlinern ein tobendes Mutgeheul, auf das Hildesbrand antwortete: „Ich gebe zu, daß meine Intelligenz bei weitem nicht herankommt an die Intelligenz der Berliner Stadtverordneten, aber soweit glaube ich doch die Berliner parlamentarischen Verhältnisse zu kennen, daß es auch dort möglich ist, daß die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag auf namentliche Abstimmung stellen kann, und daß er nicht abgelehnt wird.“ Die Intelligenz des Wissens lehten die Berliner wohl bei Hildesbrands Ausführungen in die Lat um; im Berliner Stadtparlament sind sie aber scheinbar noch nicht soweit, da die Herren Wissen der Genossen noch nicht so machtvoll, daß es die Lat umgekehrt wird. Wenn wirklich im Berliner Stadtparlament die Genossenfraktion gegen das Budget — mit anderen Worten — stimmt, dann muß sie noch „viel“ von den Süddeutschen lernen.“ Das Interessanteste im Parteitagsglück bestanden die Aussprache und die persönlichen Bemerkungen. Die Herren Wissen der Genossen nahmen des Parteitagsspruches statt: „Einigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ Frohmeil sprach es gut. Er meinte, solange er die Feder in der Hand hat, werde er allen Bemerkungen

gegnetreten, die die Partei schädigen. Geck-Karlsruhe ging es schlechter. Er betonte, daß die Resolution des Parteivorstandes von ehrlichen und wohlwollenden Absichten getragen ist. Die Süddeutschen quittierten mit den Jurufen Judas! Judas!

Ulrich-Offenbach beklagte sich, daß ein junger Berliner erklärt habe, er sei unwürdig in der Partei zu bleiben, wodurch er im Saale Heiterkeit und großen Lärm erzielte. Westmayer-Stuttgart ist empört über die Anschauung, als ob die Parlamentarier über der Partei stehen. Klara Zeitlin-Stuttgart ist von vornherein furchtbar aufgeregte. In hohen Fistschönen donnert sie gegen die Süddeutschen. Wo sind die Zwischenräger? Heraus mit Eurem Flederwisch! Zubeil meint: Tragen Sie die Konsequenzen. Wir geben keinen Schritt nach! (Ärmende Zustimmung der Berliner, Gelächter der Süddeutschen, Juruf: Schickt uns doch gleich ein paar preussische Regimenter auf den Hals! Lärm). Rosa Luxemburg schreibt am Ende ihrer Ausführungen: Wir müssen der verberblichen revisionistischen Richtung, die den Ruin bringt, einmal jurufen: Bis hierher und nicht weiter. Segis-Fürth spricht von einem ekelhaften Streit. Er habe gehört, daß die ganzen Verhandlungen nur darauf angelegt sein, einige Siege zu lassen. (Stürmisches Hört! Hört! Lärm auf allen Seiten, Pfuiruse). Dann droht er, wenn geflogen werde, dann fliegen nicht einige, dann gibt es einen großen Ausbruch. Weiß-Markt-Redwig fürchtet die christlichen Gewerkschaften. Er warnt vor der Annahme der Vorstandesresolution, weil dann die christlichen Agitatoren die Genossen mit dem Parteitagsschluß in der Hand aufschärfte bekämpfen werden.

So tölte die Schlacht hin und her. Unsere Leser werden es verstehen, wenn wir es genug des grausamen Spiels sein lassen. Es sei uns nur noch gewährt, aus den persönlichen Bemerkungen eine kleine Stichprobe zu geben, unter denen Ulrich-Offenbach einen Darmstreck-Spruch, erster: habe Bebel „eine Hornisse wegen seiner „milden“ Rede gemacht, in folgender Form zurückweist:

„Es ist erlunken und erlogen, daß ich mir angewandt haben soll, Bebel Vorhaltungen gemacht zu haben. Es gibt auf dem Parteitag Schnuffelei, Verdächtigungen und Erkläubungen.“

Nachdem sich so die geistige „Elite“ der Sozialdemokratie zwei Tage lang die nettesten Liebenswürdigkeiten in dieser Frage gesagt hatten, endigte die scharfe Schlacht, am dritten Tage wie das Hornberger Schießen. Eine Vermittlungsresolution Frohne wurde abgelehnt, die Parteivorstandesresolution angenommen und mit einer Erklärung der Süddeutschen, die für die Landtagsabgeordneten volle Freiheit verlangt, ein Waffenstillstand eingegangen. Singer klappte das Buch zu und in den Armen lagen sich beide, Rabikale und Revisionisten, und heulten vor Schmerz und Freude.

Wir aber freuen uns, in der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Bewegung der deutschen Arbeiterchaft zu haben, die sachlich und ehrlich, ohne diesen Ballast persönlichen Mißtrauens, ihre Zeit besser für die Arbeiter braucht.



Im Streit um „Jülich“.

I.

Die Jülicher internationale Konferenz war nicht als ein Kongreß gedacht zu dem Zwecke einer Einwirkung auf die Öffentlichkeit in diesen oder jenen Fragen. Innere Angelegenheiten der christlichen Gewerkschaften sollten vielmehr dort erörtert werden. Das ging schon aus den Verhandlungsgegenständen hervor. Daneben sollte durch einen grundsätzlichen Vortrag Gelegenheit gegeben werden zu einem Meinungsaustausch darüber, wie man sich den Charakter der christlichen Gewerkschaften in den einzelnen Ländern vorstellt, welche Ziele man ihnen steckt und mit welchen Mitteln man diese zu verwirklichen gedenkt. Von einer allgemeinen Pressberichterstattung über die Konferenz war ursprünglich ganz abgesehen. Dieser Plan wurde erst fallen gelassen, nachdem ein Berliner Korrespondenzbureau, das der christlichen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen sympathisch gegenübersteht, infolge eines Mißverständnisses einen eigenen Vertreter nach Jülich entsandt hatte. Letzteren wollte man nicht unvorbereitet Dinge wegschicken, und so wurde die Berichterstattung dann allgemein freigegeben, jedoch mit der Maßgabe, nicht zu breit zu berichten: man sei hier auf keinen Kongreß verkommen, sondern auf einer mehr internen Konferenz. Die eingeschickte Berichterstattung wußte sich in diesem Falle zu einem Nachteil aus. Es wurden von einigen Rednern Ausführungen von mehr als viertelstündiger Dauer, mit Bezug auf die Stellung der holländischen Bischöfe zu den christlichen Gewerkschaften, in wenigen Zeilen zusammengefaßt, wodurch die Rechte der Redner und der Gesamtheit der Genossen nicht genügend schützlich waren. Einigen

dungen gelangten zudem noch verschärft in die Presse. Trozdem hat diejenige Presse, die man in Deutschland als die „katholische“ zu bezeichnen pflegt, und der in diesem Falle besonders das Recht zur Kritik zugestanden hätte, eine vornehmliche Zurückhaltung beobachtet; eine Ausnahme davon machten nur die Zeitungen, die von den Matadore der Berliner Fachabteilungen gespeist werden und in deren Fahrwasser segeln: „Der Arbeiter“, Berlin, „Rheinische Landeszeitung“, „Neunkirchner Zeitung“, „Rhein- und Wied-Zeitung“ u. Diese spielen schon seit Jahren die unbeauftragten Kapitolwächter der kirchlichen (katholischen) Autorität und glaubten mit den bezeichneten Wendungen in Zürich einen geeigneten Vorwand zu haben, um auszuholen zu einem erfolgversprechenden großen Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften. Vorbereitet und bearbeitet war dieser Plan schon seit Jahren. Es ist bald offenes Geheimnis, daß insbesondere Herr v. Savigny systematisch und in aufringlicher Weise den einzelnen Bischöfen, häufig wider Willen, Besuche aufnötigt und sie gegen die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften zu bearbeiten versucht; nachgeholfen wird diesem Bestreben durch den systematischen Versand des Berliner Arbeiter und sonstigen aus allen Winkeln zusammengesuchten und tendenziös frisierten Materials gegen die christlichen Gewerkschaften an die kirchlich einflussreichen Stellen. Nach dieser Methode sind denn auch folgende Sätze in der Berlin-Rheinischen Presse im Anschluß an Zürich zustande gekommen:

„Es hat mich eigentümlich berührt, daß dieselben Leute, die in Zürich eine solch trozige Sprache gegen die Bischöfe geführt haben, kurz nachher auf der Düsseldorf-Katholikerversammlung als Lehrer der katholischen Arbeiter aufgetreten sind. Die Schamröte steigt einem zu Gesicht, wenn man sich die Arbeiterredner und ihre Reden auf den Katholikerversammlungen in Köln, Essen, Bielefeld, Düsseldorf anschaut und zugleich an die Vorgänge in Jülich denkt.“ (Rheinische Landeszeitung vom 31. August)

„Es blüht dem Bischof das Herz, wenn er die braven katholischen Arbeiter den Jülicher christlichen Arbeiterführern ausgesetzt sieht und darum seine ängstlich besorgte Mahnung, den wahren Freunden des katholischen Volkes und der katholischen Arbeiter, den Bischöfen und Priestern, zu vertrauen und zu folgen.“ (Neunkirchner Zeitung)

Befürzung und Entrüstung zugleich haben die Ausführungen der deutschen christlichen Gewerkschaftsleiter auf der ersten christlichen internationalen Jülicher Gewerkschaftskonferenz nicht nur in Deutschland, sondern auch außerhalb der deutschen Grenzen hervorgerufen. Man muß schon weit hinaus aus dem katholischen Lager in Versammlungen und Konventikel gehen, die es sich für gewöhnlich zur Aufgabe gemacht haben, das katholische Bewußtsein vor allem das katholische Autoritätsgefühl, das in der Liebe zu Papst und Bischöfen seinen begeisterten Ausdruck findet, planmäßig zu untergraben, ehe man wiederum eine kirchlich so revolutionäre Sprache vernimmt, wie sie in Zürich ertönte.“ (Arbeiter, Berlin Nr. 35).

Die die angefeindeten Ausführungen gemacht wurden und in welchem Zusammenhang, geht aus dem in der letzten Nr. des Zentralblattes veröffentlichten offiziellen Protokoll hervor. Die „Berliner“ hätten sonach, bevor sie ihren Berleumdungsfeldzug begannen, nur das Protokoll abzuwarten brauchen, und ein großer Teil ihrer agitatorischen Zwecke geheuchelten Entrüstung wäre ihnen erspart geblieben. Und daß die Rolle, die „Sich Berlin“ in Antnährung an Zürich gespielt hat, nur der Absicht entsprang, die kirchliche Autorität vor ihre Agitationskarre zu spannen, mag folgendes dartun.

Anlässlich der letzten Reichstagswahl hat die Zentrumspartei in Bayern die Parole gegen die liberale Partei ausgegeben. Die Erzbischöfe von München-Freising und Bamberg sprachen darüber öffentlich ihre Mißbilligung aus. Die Folge war Verwirrung der Wähler. In einer Versammlung der Münchener Zentrumspartei, die das Stichwahlergebnis besprach, wurden folgende Ausführungen gemacht: Dr. Kochbrunner, Ortsvorsitzender der Zentrumspartei in München:

„Diese Wahl ist uns eine außerordentlich lehrreiches Beispiel, sie zeigt uns, wie ein liberaler Wahlsieg mit Hilfe von nationalen Katholiken, von kath. Abel und mit Unterstützung der höchsten geistlichen katholischen, kirchlichen Behörden (Stürmische Pfuiruse) erschaffen werden kann. Es dürfte kaum ein Wahlkampf stattgefunden haben jemals, in welchem eine Partei von den Feinden heftig bekämpft wurde, aber auch von den eigenen Freunden, für welche die Arbeit eigentlich jahraus jahrein gemacht wurde (Lebhafter Beifall), im gegebenen Falle noch heftiger angegriffen wurde. (Andauernde Pfuiruse.) Beruhigen Sie sich. Es kann und wird höher die Zeit kommen, wo die Herren, unsere angeblichen Freunde, froh sein werden, wenn sie sie unterstützen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bitte Sie nur, bewegen den Mut nicht sinken zu lassen (Rufe: Niemals), wir werden in Zukunft unsere Begeerst recht gehen (Beifälliger Beifall), wir werden uns aber dann nicht mehr verlassen auf den kath. Abel, und wir werden uns auch nicht mehr verlassen auf die katholischen

Stellung der Arbeit mit einer Ware und damit verbunden die Leugnung aller Rechte und Pflichten, die mit der Betätigung der lebendigen sittlichen Persönlichkeit untrennbar verbunden sind...

Die Versammlung erklärt ferner:

1. Die christlichen Gewerkschaften sind selbständige Organisationen christlicher Arbeiter, welche sich zur Aufgabe gestellt haben, die Interessen der Arbeiter im Arbeitsverhältnis nach den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes zu wahren.

2. Dadurch, daß katholische und evangelische Arbeiter zu diesen sittlich erlaubten Zwecken in den christlichen Gewerkschaften zusammenarbeiten, wird das christliche Element in der Arbeiterenschaft gestärkt...

3. Die christlichen Gewerkschaften sehen in der Arbeitsniederlegung ein gesetzlich und sittlich berechtigtes Mittel, ihre berechtigten Forderungen zur Geltung zu bringen...

Sie ermahnt ferner die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, sich ebenso eifrig in den konfessionellen Arbeitervereinen, welche sich die Wahrung der religiösen, politischen und vaterländischen Interessen, sowie die Erziehung der Arbeiter zur sozialen Selbstständigkeit zur Aufgabe gestellt haben, zu betätigen.

In München besaßte sich ebenfalls eine stark besuchte Gewerkschaftsversammlung mit dem Züricher Kongress und seinen Begleiterscheinungen. Reichstagsabgeordneter Kollege Schäfer hielt hier das einleitende Referat.

Gegen die „Gelben“. Der 18. Delegiertentag des Verbandes „Süddeutscher katholischer Arbeiter-Vereine“, der vom 23.-25. August in Kempten tagte, faßte einstimmig folgenden Beschluß:

„Der 18. Delegiertentag des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine erachtet die sogenannten „gelben Gewerkschaften“ und „vaterländischen Arbeitervereine“ (mit gewerkschaftlichen Nebenzielen) als nicht im nationalen noch im Arbeiterinteresse liegend, da sich diese dem wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Aufwärtstreben der christlich-nationalen Arbeiterenschaft nur hindern in den Weg stellen...

Durch den Beschluß ist die Stellung, die die Leitung des Verbandes, betreffs der Gelben von jeher eingenommen hat, auch vom Delegiertentag sanktioniert. Mögen unsere Kollegen durch energische Agitation den Beschluß in die Praxis übertragen.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands hielt in den Tagen vom 13. bis 16. September d. J. in Augsburg seine zweite Generalversammlung ab. Aus dem vom Zentralvorstande herausgegebenen Geschäftsbericht, der sich über die Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1908 erstreckt, geht hervor, daß diese christliche Gewerkschaftsorganisation wieder weitere Fortschritte gemacht hat...

für die Arbeiter in 11 Fällen ganz erfolgreich, in 36 Fällen teilweise erfolgreich und in 15 Fällen erfolglos. Der Verband erzielte in den zwei Jahren sorgfältigen Ermittlungen zufolge für 14730 Mitglieder Lohnerhöhungen im Betrage von 25860 Mk. wöchentlich und für 2687 Mitglieder Arbeitszeitverkürzungen von insgesamt 9530 Stunden pro Woche.

Der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen hat vom 6. bis 10. September seine vierte Generalversammlung in Nischaffenburg abgehalten. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verband in der Zeit vom 31. März 1906 bis zum 31. Dezember 1907 um 32 Zahlstellen und 1278 Mitglieder zugenommen hat. (Dagegen hat der soz. Verband in dieser Zeit nur 598 Mitglieder gewonnen.) Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dez. 1907 in 106 Zahlstellen 4221, darunter 529 weibliche Mitglieder.

Das Verbandsorgan erscheint in einer Auflage von 5600 Exemplaren. Im Februar 1907 wurde ein Tarifvertrags-schemata, welches die Form der abzuschließenden Tarifverträge regelt, mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe abgeschlossen...

Der Verbandstag beschäftigte sich mit folgenden Fragen: Tarifbewegung in der Maß- und Konfektionsbranche; Taktik bei Lohnbewegungen; Agitation: a Allgemeine, b Agitation und Organisation der Konfektionsschneider, c Agitation und Organisation der Arbeiterinnen; gesetzlicher Heimarbeiterschutz und ferner mit den Verhältnissen in der Lieferungsindustrie.

Soziale Rundschau.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag findet in der laufenden Woche in Nürnberg statt. Er erhält einen besonderen Reiz durch den Zwiespalt, der sich in den Reihen der „Genossen“ wegen der Frage der Budgetbewilligung in den Einzelstaaten gebildet hat.

sind unhaltbar geworden und ist der Streit um eine Aenderung der Theorie und die daraus hervorgehende neue Taktik brannt. Die nächsten Jahre dürften manche Ueberraschungen nach dieser Seite bringen und erscheint eine Spaltung der Partei bestimmt.

„Jedermann weiß es heute, daß in unserer Partei Gegenstände vorhanden sind. Sie datieren nicht erst von gestern, sind beinahe so alt wie die Partei selber. In unserer Partei bestehen Gegenstände prinzipieller und taktischer Art. Wir sind uneins geworden über die ökonomische Entwicklung, deren Auffassung von wesentlichem Einfluß auf die soz. Stellungnahme zum linksliberalen Bürgerturn und noch eine Anzahl anderer Fragen...

Ein Selbstbildnis! — Und die „freien“ Gewerkschaften. Sie erklären sich mit dieser Partei ein und verschleiern deren Diensten so manche Kraft, die auf andere Art verwendet der Arbeiterschaft von großem Nutzen sein könnte.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung. Vielfach hört man die Arbeitgeber sagen: ein kürzere Arbeitszeit einführen, hieße dem Konkurrenzkampf unterliegen, weil dann die Produktion zurückgeht. Schon oft haben wir durch statistisches Material bewiesen, daß das gerade Gegenteil der Fall ist...

Bei der Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde wurden Klagen über Produktionsausfall oder geringeren Verdienst nicht laut. Der Leiter eines großen Textilunternehmens erklärte, es werde jetzt bei 10 Stunden mehr als vorher bei 11 Stunden produziert...

Das sind alles Beobachtungen von Arbeitgebern, denen wir nichts hinzuzufügen haben, sie sprechen für sich selbst. Aber auch in anderer Hinsicht wirkt die Verkürzung der Arbeitszeit günstig. Denken wir nun an die Berufsrisiken, Unfallgefahren, frühere Invalidität. Jeder wird zugeben, daß eine zu lange Arbeitszeit schädigend auf den Arbeiter einwirkt.

Das sind alles Beobachtungen von Arbeitgebern, denen wir nichts hinzuzufügen haben, sie sprechen für sich selbst. Aber auch in anderer Hinsicht wirkt die Verkürzung der Arbeitszeit günstig. Denken wir nun an die Berufsrisiken, Unfallgefahren, frühere Invalidität. Jeder wird zugeben, daß eine zu lange Arbeitszeit schädigend auf den Arbeiter einwirkt.

Briefkasten.

Nach Freiburg. Der für das dortige Glasergewerbe abgeschlossene Tarifvertrag lief zu spät ein und kann deshalb erst in der nächsten Nummer veröffentlicht werden.

Benoltenbach's Bürstentabrik. Kamberg. Billigste und vorzüglichste Fertigung für alle Sorten Bürstenwaren.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Direktor G. STREICH. Werkmeister, Techniker, Zeichner, gesetzliche Meisterprüfung. Alerkannt vorzügliche, einzig dastehende Lehrmethode.

Für Schreiner! Hermanns Tischlerwerk, an 60 Zimmer mit 300 Schreiner, 1-10tägig, für Mk. 3. 1. November 1907.

Eingelegte Fourniere für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs schreiben.

Detmold. Grösste Tischler-Fachschule. Programm frei. Dir. Reineking. Zum Selbstunterricht empfehle: Die Formlehre f. Tischler à Mk. 1.35.

Deutsche Holzarbeiter.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionschluss
Dienstag Mittag. — Zu beziehen durch alle
Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das
Organ gratis.

Redaktion und Expedition: Köln am Rhein,
Palmstraße 14. — Fernsprecher Nr. 7605. —
Inserate kosten die viergespaltene Petitzeile
30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen
der Zahlstellen kosten die Hälfte.

Nürnberg 1908.

Kg. Jedes Mal, wenn die deutschen Sozialdemokraten Anstalten treffen, zur jährlich wiederkehrenden Heerschau zusammenzutreten, sind sie eifrig bedacht, für ein Parteitagsgeschehen zu sorgen. Der Clou des diesjährigen Parteitages, der in der letzten Woche in Nürnberg's Mauern tagte, war die Budgetbewilligung der süddeutschen Genossen. Schon vor dem Parteitag tobte der Kampf unter den feindlichen Brüdern in überaus gehässiger Form im gesamten sozialistischen Pressewald oberhalb und unterhalb der Mainlinie, die weil die Herren Genossen sich sagen: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Das Vorpostengeplänkel artete auf dem Parteitage selbst auf Grund eines Spruches, der im Saale von hoher Wand heruntergrüßte: „Trotzig kämpfen, nicht verzagen, kalten Blutes alles wagen“ zur erbitterten Schlacht aus. Bebel als „Kriegsherr“ kommandierte die Schlacht. Von der Warte, Rednertribüne genannt, herab begann er den Kampf mit grobem Geschick, einem Gewehrfeuer und spizen Bajonettschritten. Er hatte das einleitende Referat. Natürlich war er stark empört über das „disziplinwidrige“ Verhalten der süddeutschen Genossen. Es handelte sich nicht mehr um eine einmalige, ausnahmsweise Zustimmung zum Budget, nein, man will regelmäßig dafür stimmen! „Ich sage mir, daß diejenigen, die eine solche grundsätzliche andere Taktik von uns verlangen, aufhören Sozialdemokraten zu sein, daß auch die Partei aufhören würde sozialdemokratisch zu sein und daß sie ihren Namen in der sozialreformarischen Arbeiterpartei umwandeln müßte. Ihr habt niemals solche Kämpfe zu führen gehabt, wie wir sie in Preußen geführt haben. Die Klugheit gebietet mir nicht mehr zu sagen. Aber in der glatten Welt, wie es in Süddeutschland geht, geht es bei uns nicht. Da wird eines Tages Kopf und Krage daran gesetzt werden müssen.“ Das Entscheidende wäre doch nicht die Sozialreform, sondern das Endziel. Die Süddeutschen nahmen kampfeslustig den ihnen unter Bebel's Führung von den Norddeutschen zugeworfenen Fehdehandschuh auf. Timm-München, Frank-Mannheim und Hilbenbrand-Stuttgart, die die bedrohte Burg der Süddeutschen verteidigen sollten, nahmen sich einen der acht Parteitagsprüche zu Herzen: „Wir sind ein Volk und einig wollen wir handeln“ und handelten auch dementsprechend. Timm meinte trocken, als er von den Norddeutschen auf dem Kampfplatze mit dem Rufe: „Berliner Bayer“ empfangen wurde: „Ebenso wie in dieser Frage, ohne uns gehört zu haben, die Parteipresse vorzeitig Stellung genommen hat, tun sie es auch. Innerhalb der Partei ist jeder vogelfrei, allbiweil wir ja eine Partei der Brüderlichkeit sind.“ Scharf war der Schluß seiner Ausführungen, die im Verlesen einer Erklärung der Süddeutschen endigte, daß sie sich einem ihnen nicht gefallenden Parteitagbeschlusse nicht fügen, sondern dem Willen der Gesamtpartei Widerstand leisten würden! „Wir können und werden uns nicht einem wider uns gerichteten Parteitagbeschlusse unterwerfen, weil wir als freie Männer entscheiden müssen und uns nicht einem Terror von außen fügen können.“ Im gleichen Sinne sprachen Frank und Hilbenbrand. „Je gebildeter ein Volk, desto freier“, dachte bei der Verteidigungsbrede Frank: „Wir konnten nicht ahnen, daß der Parteivorstand Wert darauf legte, unsere Auseinandersetzungen beizuwohnen, es würde mich interessieren ob Ströbel etwas gewußt hat.“ Redakteur Ströbel rief bildungstriefend dem Redner zu: „Es ist eine Infamie!“

„Wissen ist Macht, also Tat“; diesen Spruch im Saal glaubten die Berliner Sozial bei Hilbenbrand's Ausführungen in die Praxis umzusetzen. Hilbenbrand stellte nämlich fest, daß die Berliner sozialdemokratischen Stadtverordneten für das Budget gestimmt haben. Darob bei den Berlinern ein tobendes Wutgeheul, auf das Hilbenbrand antwortete: „Ich gebe zu, daß meine Intelligenz bei weitem nicht heranreicht an die Intelligenz der Berliner Stadtverordneten, aber soweit glaube ich doch die Berliner parlamentarischen Verhältnisse zu kennen, daß es auch dort möglich ist, daß die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag auf namentliche Abstimmung stellen kann, und daß er nicht abgelehnt wird.“ Die Intelligenz des Wissens fehlten die Berliner wohl bei Hilbenbrand's Ausführungen in die Tat um; im Berliner Stadtparlament sind sie aber scheinbar noch nicht soweit, da ist das Wissen der Genossen noch nicht so machtvoll, daß es in die Tat umgesetzt wird. Wenn wirklich im Berliner Stadtparlament die Genossenfraktion gegen das Budget — wir glauben es nicht — stimmt, dann muß sie noch „viel“ von den Süddeutschen „lernen“. Das Interessanteste im Parteitagsclou boten die Aussprache und die persönlichen Bemerkungen. Sie fanden beide im Rahmen des Parteitagspruches statt: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ Frohmeltona ging es gut. Er meinte, solange er die Feder und die Zunge führen könne, werde er allen Bestrebungen ent-

gegentreten, die die Partei schädigen. Geck-Karlsruhe ging es schlechter. Er betonte, daß die Resolution des Parteivorstandes von ehrlichen und wohlwollenden Absichten getragen ist. Die Süddeutschen quittierten mit den Zurufen Judas! Judas!

Ulrich-Offenbach beklagte sich, daß ein junger Berliner erklärt habe, er sei unwürdig in der Partei zu bleiben, wodurch er im Saale Heiterkeit und großen Lärm erzielte. Westmayer-Stuttgart ist empört über die Anschauung, als ob die Parlamentarier über der Partei stehen. Klara Zetkin-Stuttgart ist von vornherein furchtbar aufgeregt. In hohen Füstelnähen donnert sie gegen die Süddeutschen. Wo sind die Zwischenträger? Heraus mit Eurem Fleberwisch! Zubeil meint: Tragen Sie die Konsequenzen. Wir geben keinen Schritt nach! (Lärmende Zustimmung der Berliner, Gelächter der Süddeutschen, Zuruf: Schickt uns doch gleich ein paar preußische Regimenter auf den Hals! Lärm). Rosa Luxemburg schreit am Ende ihrer Ausführungen: Wir müssen der vererblichen revisionistischen Richtung, die den Ruin bringt, einmal zurufen: Bis hierher und nicht weiter. Segis-Fürth spricht von einem ekelhaften Streit. Er habe gehört, daß die ganzen Verhandlungen nur darauf angelegt sein, einige fliegen zu lassen. (Stürmisches Hört! Hört! Lärm auf allen Seiten, Psuirufe). Dann droht er, wenn geflogen werde, dann fliegen nicht einige, dann gibt es einen großen Ausflug. Weiß-Markt-Redwig fürchtet die christlichen Gewerkschaften. Er warnt vor der Annahme der Vorstandesresolution, weil dann die christlichen Agitatoren die Genossen mit dem Parteitagbericht in der Hand aufs schärfste bekämpfen werden.

So tobte die Schlacht hin und her. Unsere Leser werden es verstehen, wenn wir es genug des grausamen Spiels sein lassen. Es sei uns nur noch gewährt, aus den persönlichen Bemerkungen eine kleine Stichprobe zu geben, unter denen Ebert-Berlin einen Vorwurf Segis, ersterer habe Bebel's scharfe Vorwürfe wegen seiner „milden“ Rede gemacht, in folgender Form zurückweist:

„Es ist erstunken und erlogen, daß ich mir angemacht haben soll, Bebel Vorhaltungen gemacht zu haben. Es gibt auf dem Parteitag Schnüffelei, Verdächtigungen und Verläumdungen.“

Nachdem sich so die geistige „Elite“ der Sozialdemokratie zwei Tage lang die nettesten Liebenswürdigkeiten in dieser Frage gelagt hatten, endigte die scharfe Schlacht, am dritten Tage wie das Hornberger Schießen. Eine Vermittlungsresolution Frohme wurde abgelehnt, die Parteivorstandsresolution angenommen und mit einer Erklärung der Süddeutschen, die für die Landtagsabgeordneten volle Freiheit verlangt, ein Waffenstillstand eingegangen. Singer klappte das Buch zu und in den Armen lagen sich beide, Radikale und Revisionisten, und heulten vor Schmerz und Freude.

Wir aber freuen uns, in der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Bewegung der deutschen Arbeiterschaft zu haben, die sachlich und ehrlich, ohne diesen Ballast persönlichen Misstrauens, ihre Zeit besser für die Arbeiter braucht.

Zum Streit um „Zürich“.

I.

Die Züricher internationale Konferenz war nicht als ein Kongreß gedacht zu dem Zwecke einer Einwirkung auf die Dessenlichkeit in diesen oder jenen Fragen. Innere Angelegenheiten der christlichen Gewerkschaften sollten vielmehr dort erörtert werden. Das ging schon aus den Verhandlungsgegenständen hervor. Daneben sollte durch einen grundsätzlichen Vortrag Gelegenheit gegeben werden zu einem Meinungsaustausch darüber, wie man sich den Charakter der christlichen Gewerkschaften in den einzelnen Ländern vorstellt, welche Ziele man ihnen steckt und mit welchen Mitteln man diese zu verwirklichen gedenkt. Von einer allgemeinen Presseberichterstattung über die Konferenz war ursprünglich ganz abgesehen. Dieser Plan wurde erst fallen gelassen, nachdem ein Berliner Korrespondenzbureau, das der christlichen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen sympathisch gegenübersteht, infolge eines Mißverständnisses einen eigenen Vertreter nach Zürich entsandt hatte. Letzteren wollte man nicht unverrichteter Dinge wegschicken, und so wurde die Berichterstattung dann allgemein freigegeben, jedoch mit der Maßgabe, nicht zu breit zu berichten: man sei hier auf keinem Kongreß versammelt, sondern auf einer mehr internen Konferenz. Die eingeschränkte Berichterstattung wuchs sich in diesem Falle zu einem Nachtteil aus. Es wurden von einigen Rednern Ausführungen von mehr als viertelstündiger Dauer, mit Bezug auf die Stellung der holländischen Bischöfe zu den christlichen Gewerkschaften, in wenigen Zeilen zusammengezogen, wodurch die Motive des Redners und der Zusammenhang des Gesagten völlig ungenügend erkennbar waren; einzelne Wen-

dungen gelangten zudem noch verschärft in die Presse. Trotzdem hat diejenige Presse, die man in Deutschland als die „katholische“ zu bezeichnen pflegt, und der in diesem Falle besonders das Recht zur Kritik zugesprochen hätte, eine vornehme Zurückhaltung beobachtet; eine Ausnahme davon machten nur die Zeitungen, die von den Matadoren der Berliner Fachabteilungen gepeist werden und in deren Fahrwasser segeln: „Der Arbeiter“, Berlin, „Eriertische Landeszeitung“, „Neunkirchner Zeitung“, „Rhein- und Wied-Zeitung“ etc. Diese spielen schon seit Jahren die unbeauftragten Kapitolwächter der kirchlichen (katholischen) Autorität und glauben mit den bezeichneten Wendungen in Zürich einen geeigneten Vorwand zu haben, um auszufliegen zu einem erfolgversprechenden großen Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften. Vorbereitet und bearbeitet war dieser Plan schon seit Jahren. Es ist bald offenes Geheimnis, daß insbesondere Herr v. Savigny systematisch und in aufdringlicher Weise den einzelnen Bischöfen, häufig wider Willen, Besuche aufrichtig und sie gegen die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften zu bearbeiten versucht; nachgeholfen wird diesem Bestreben durch den systematischen Versand des Berliner Arbeiter und sonstigen aus allen Winkeln zusammengesuchten und tendenzios frisierten Materials gegen die christlichen Gewerkschaften an die kirchlich einflussreichen Stellen. Nach dieser Methode sind denn auch folgende Sätze in der Berlin-Eriertischen Presse im Anschluß an Zürich zustande gekommen:

„Es hat mich eigentümlich berührt, daß dieselben Leute, die in Zürich eine solche trostige Sprache gegen die Bischöfe geführt haben, kurz nachher auf der Düsselbacher Katholikerversammlung als Lehrer der katholischen Arbeiter aufgetreten sind. Die Schamröte steigt einem zu Gesicht, wenn man sich die Arbeiterredner und ihre Reden auf den Katholikerversammlungen in Köln, Essen, Würzburg, Düsseldorf ansieht und zugleich an die Vorgänge in Zürich denkt.“ (Eriertische Landeszeitung vom 31. August).

„Es blüht dem Bischof das Herz, wenn er die braven katholischen Arbeiter den Züricher christlichen Arbeiterführern ausgeliefert sieht und darum seine ängstlich besorgte Mahnung, den wahren Freunden des katholischen Volkes und der katholischen Arbeiter, den Bischöfen und Priestern, zu vertrauen und zu folgen.“ (Neunkirchner Zeitung).

„Bestürzung und Entrüstung zugleich haben die Ausführungen der deutschen christlichen Gewerkschaftsführer auf der ersten christlichen internationalen Züricher Gewerkschaftskonferenz nicht nur in Deutschland, sondern auch außerhalb der deutschen Grenzen hervorgerufen. Man muß schon weit hinaus aus dem katholischen Lager in Versammlungen und Kommittees gehen, die es sich für gewöhnlich zur Aufgabe gemacht haben, das katholische Bewußtsein, vor allem das katholische Autoritätsgefühl, das in der Liebe zu Papst und Bischöfen seinen begeistertsten Ausdruck findet, planmäßig zu untergraben, ehe man wiederum eine kirchlich so revolutionäre Sprache vernimmt, wie sie in Zürich ertönte.“ (Arbeiter, Berlin Nr. 35).

Wie die angefeindeten Ausführungen gemacht wurden und in welchem Zusammenhang, geht aus dem in der letzten Nr. des Zentralblattes veröffentlichten offiziellen Protokoll hervor. Die „Berliner“ hätten sonach, bevor sie ihren Verleumdungsfeldzug begannen, nur das Protokoll abzuwarten brauchen, und ein großer Teil ihrer zu agitatorischen Zwecken geheuchelten Entrüstung wäre ihnen erspart geblieben. Und daß die Rolle, die „Siz Berlin“ in Anknüpfung an Zürich gespielt hat, nur der Absicht entspringt, die kirchliche Autorität vor ihre Agitationskarrere zu spannen, mag folgendes dartun.

Anläßlich der letzten Reichstagswahl hat die Zentrumspartei in Bayern die Parole gegen die liberale Partei ausgegeben. Die Erzbischöfe von München-Freising und Bamberg sprachen darüber öffentlich ihre Mißbilligung aus. Die Folge war Verwirrung der Wähler. In einer Versammlung der Münchener Zentrumspartei, die das Stichwahlresultat besprach, wurden folgende Ausführungen gemacht.

Dr. Lochbrunner, Ortsvorsitzender der Zentrumspartei in München:

„Diese Wahl ist uns eine außerordentlich lehrreiches Beispiel, sie zeigt uns, wie ein liberaler Wahlsieger mit Hilfe von nationalen Katholiken, vom kath. Adel und mit Unterstützung der höchsten geistlichen katholischen, kirchlichen Behörden (Stürmische Psuirufe) erfochten werden kann. Es dürfte kaum ein Wahlkampf stattgefunden haben, in welchem eine Partei von den Feinden heftig bekämpft wurde, aber auch von den eigenen Freunden, für welche die Arbeit eigentlich jahraus jahrein gemacht wurde (Lebhafter Beifall), im gegebenen Falle noch heftiger angegriffen wurde. (Andauernde Psuirufe.) Beruhigen Sie sich. Es kann und wird sicher die Zeit kommen, wo die Herren, unsere angeblichen Freunde, froh sein werden, wenn wir sie unterstützen. (Lebhafte Zustimmung.) ... Ich bitte Sie nur, deswegen den Mut nicht sinken zu lassen (Rufe: Niemals), wir werden in Zukunft unsere Wege erst recht gehen (Freudlicher Beifall), wir werden uns aber dann nicht mehr verlassen auf den kath. Adel, und wir werden uns auch nicht mehr verlassen auf die katholischen

geistlichen Behörden (Stürmische, anhaltende Bravorufe), ich sage aber nur in politischer Beziehung, denn in kirchlicher Beziehung werden uns auch Loruren, die uns von jener Seite angetan werden, nicht veranlassen, stets und immer korrekt zu sein. (Allseitige Zustimmung.) Wenn wir mit diesem Gedanken von hier weggehen, dann hat auch der Herr, welcher an uns gerührt wurde, sein Gutes." (Endloser Beifall.)

Sieberg, Chefredakteur des „Bayerischen Kurier“: „Im vorigen Jahre hat ein Wiener deutsch-nationales Blatt Beschimpfungen über das allerheiligste Sakrament veröffentlicht, und am zweiten Tage darauf hat der Fürstbischof von Wien mit zu Herzen gehenden Worten diese Beschimpfungen öffentlich zurückgewiesen. In München ist ein liberaler Kandidat zur Wahl gestanden, der sich viel größere Beschimpfungen dieses Sakramentes erlaubt hat, als jenes Wiener Blatt; wir haben auf diese Ungehörlichkeit hingewiesen und gesagt, es muß dem katholischen Gefühl widerstreben, diesen Mann zu wählen — und der Herr Erzbischof von München hat, wie in den liberalen Zeitungen gestanden ist, erklärt, er bedauere die Wahlparole des Zentrums. (Lebhafte Pfürufe.) Wenn man jahraus jahrein vorne im Kampfe steht und sich mit Rot und Schmutz besmeieren lassen muß von den Segnern, dann zwei Tage vor der Wahl solche Worte von einem Erzbischof hören muß (Erneute Pfürufe), dann fragt man sich unwillkürlich: wofür arbeiten wir denn eigentlich? (Sehr richtig!) Und aus dieser Frage wächst die Erbitterung. Die Erbitterung aber über den Verrat unserer Partei ist eine allgemeine (Beifall und Zustimmung). . . . In kirchlichen Fragen ist jeder Katholik, jedes Mitglied der Zentrumspartei ehrfurchtsvoll unterworfen der kirchlichen Autorität. Aber wie 1887 Bindhorst gegen die Parole des Papstes sich entschieden ausgesprochen, ebenso entschieden dürfen wir heute gegen die Entscheidung vom erzbischoflichen Stuhle in München aus uns aussprechen. Diese Stellungnahme in politischen Dingen tangiert absolut nicht unsere Kreise in kirchlichen Dingen.“ (Sehr richtig!)

Die beiden Redner sind akademisch gebildet. Gegenüber deren Ausführungen — die Krastausdrücke haben wir absichtlich nicht hervorgehoben — waren die angefeindeten Züricher Redner ohne akademische Bildung jedenfalls die reinsten Baifenkneben. Darnach erschien der Berlin-Krieger Preßkompanie die kirchliche Autorität nicht gefährlich. Wir blätterten eigens den Berliner „Arbeiter“ von 1907 nach und fanden darin kein die betr. Ausführungen vertretendes Wort. Wohl sind uns große kath. Zeitungen bekannt, die nach dem Vorgefallenen die erregte Stimmung entschuldigbar und begründet fanden. Der Berliner „Arbeiter“ kann sich nicht damit herausreden, daß die betreffenden Ausführungen ihm nicht bekannt wurden. Sie standen in Nr. 33, Jahrg. 1907 des „Bayerischen Kurier“, eines der größten Zentrumsblätter Bayerns, und haben ihre Runde durch die ganze sog. Presse gemacht. Aber mit den Kescherungen der Münchener Redner, die heute noch katholisch sind, ohne daß „Sich Berlin“ dieses daran nimmt, ließ sich agitatorisch für die Fachvereinigungen nicht anfangen; darum hing damals den Herren Savigny, Dr. Heßler, Kaplan Wiedeloh, Pfarrer Kreis, Dechant Hansen keine „Schamröte“ ins Gesicht, diese Herren ließen sich von „Besitzung und Entwürdigung“ von sich werfen, das „katholische Bekenntnis“ und das „katholische Autoritätsgefühl“ wurde nicht „planmäßig untergraben“. Wenn aber Arbeiterführer, die den Arbeiterlebenskampf mit all seinen Nöten selbst durchgelitten haben, die Interessen ihrer Mandatgeber nicht wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch wahren Mandatgeber zu Berufsoperationen überantwortet wissen wollen; wenn die Betroffenen sehen, wie Mitglieder der christlichen Gewerkschaften tapfer für ihre religiöse Ueberzeugung kämpfen und in sog. Hochburgen mühsam das reinste Katholizismus extrahieren müssen, und wie sie daneben noch häufig materiellen Schädigungen ausgesetzt sind; wenn sie verfolgen, wie manche christliche Gewerkschaftsführer bei ihrer agitatorischen Wirksamkeit von sog. Fabeln überfallen und blutig geschlagen wurden, und dann demgegenüber jeheslang beobachtet werden, wie die gleichen Kämpen hauptsächlich von Nichtarbeitern und Nichttheologen (Savigny, Heßler), in ihrer religiösen Selbsterkenntnis verkehrt werden; wenn solche Arbeiterführer, die in vielen kritischen Situationen sich nicht an den grünen Tisch zurückziehen, sondern für ihre Kollegen sich vor die Front stellen, gelegentlich einmal ein hartes Wort sprechen, dann, aber auch nur dann wird daraus eine Sensation gemacht, als sei deshalb eine internationale Kundgebung in ihren Grundfesten gefährdet. Mit solch pharisäerischem Treiben wird die selbstbewusste, christlich bedachte Arbeiterpartei geradezu zur Empörung gereizt. Es ist ein gefährliches Spiel, das „Sich Berlin“ in den letzten Wochen betrieben. Wir haben gewarnt!

Aus dem Berichte einer Handwerkskammer.

Die durch das Handwerkerengesetz von 1897 geschaffenen Handwerkskammern sind eine amtliche Behörde, deren die Aufgabe ist, als oberste Instanz die Interessen des Handwerks zu vertreten, die Fortbildungsbestrebungen der Schüler und Lehrlinge zu unterstützen und überhaupt die Förderung des Handwerks zu betreiben. Neben einem Vorsitzenden, der in der Regel ein Handwerker ist, haben die Kammern alsberühmt geachtete Sekretäre, die die Geschäfte der Kammer leiten. Außerdem steht jeder Kammer als Ehrenmitglied ein Regierungsrat oder sonstiger höherer Regierungsbeamter zur Seite. Daneben steht es, wie man aus den Statuten der verschiedenen Kammern erfahren kann, nicht an den notwendigen Beschlüssen, so daß man wohl annehmen konnte, die Beschlüsse der Kammer müßten nach jeder Richtung als tadellos gelten. Das ist jedoch keineswegs der Fall, es zeigt sich deutlich der Bericht der Handwerkskammer zu Köln über die letzten drei Jahre. Was in diesem Bericht an Schmeichelei und Unkenntnis zu lesen ist, kann jeder Bekanntheit. Man kann kaum glauben, daß der Bericht von einem unbeeinträchtigt gebildeten

Sekretär, der ein Gehalt von etwa 5000 Mk. pro Jahr bezieht, geschrieben ist. Es ist fast unerklärlich wie der Staatskommissar der Kammer die Veröffentlichung eines solchen Berichtes zulassen konnte.

Gleich in der Einleitung (S. 3) findet sich folgender Unfinn: „Als besondere freudige Begebenheit sei hier weiter angeführt, daß dem Vorsitzenden unserer Kammer, Herrn Figge, sowie unserm leider jüngst verstorbenen Vorstandsmitgliede, dem Herrn Obermeister Mehren, aus Anlaß deren Verdienste um das Handwerk der Kronenorden IV. Klasse verliehen wurde.“ Die Bezeichnung „aus Anlaß“ ist wirklich gut gewählt! Weiter folgender Absatz (S. 48): „Als besondere Aufgabe hat sich der Vorstand die Regelung des Behringswesens gestellt. Diese bestand zunächst in der Durchführung der hierüber erlassenen Vorschriften, welche in dem ordnungsmäßigen Abschluß des Lehrvertrages, die Innehaltung einer bestimmten Lehrdauer, der Besuch der Fortbildungsschule und schließlich die Ablegung der Gesellenprüfung hauptsächlich ihre Geltung finden.“ Auf Seite 82 behauptet der Bericht fälschlich, daß nach dem 1. Okt. 1908 keiner mehr den Meistertitel erwerben könne, der nicht eine Gesellenprüfung bestanden, während doch in Wirklichkeit dies erst vom 1. Okt. 1913 der Fall sein wird. Wenn ein amtlicher Bericht einer Handwerkskammer hierüber keinen Bescheid weiß, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Handwerker so wenig über die gesetzlichen Bestimmungen orientiert sind. Kostbar ist folgender Schnitzer (Seite 89): „Dagegen haben die Pflicht-Fortbildungsschulen es verstanden — trotz vielfachen anfänglichen Widerstrebens von Seiten der Lehrlinge und Meister — ihre Aufgabe, welche dahin zielt, dem gewerkschaftlichen Leben zu dienen und den Ansprüchen zu genügen, die das Berufsleben an den jüngeren Menschen zur Zeit stellen.“

Druckfehler lassen sich gewiss bei keinem Druckerzeugnis vermeiden, und wer weiß, mit welcher Schnelligkeit heute Zeitungen und Drucksachen fabriziert werden, der nimmt einen Druckfehler nicht allzu trumm. In einem amtlichen Brief, von dem anzunehmen ist, daß er zwei bis dreimal durchgesehen und korrigiert wurde, sollte allerdings ein Wort wie „Ragenführung“ (S. 98) nicht stehen bleiben. Der ganze Bericht wimmelt sozusagen von Fehlern, falschen Sanktionen vermehrt mit hellem Anstrich. Man könnte eine Nummer dieses Blattes vollschreiben, wenn alle Unrichtigkeiten hier angeführt würden, nur die größten sind herausgegriffen.

Eine „Blüte“ sei noch angeführt, die uns einen Blick in die Begriffsverwirrung des Berichterstatters gestattet (S. 137): „Bei unseren heutigen flauen Zeitverhältnissen ist der Handwerker-Ergenisse konsumierende Käufer angewiesen, auch in dieser Hinsicht die allergrößte Sparbarkeit anzuwenden und deshalb liegt es nahe, daß er seine Lust zu den Warenhäusern nimmt und seinen Vorrat aus diesen zu decken sucht.“ Neben diesen und anderen konfusigen Sätzen, versteigt sich (S. 137) der Berichterstatter zu der Behauptung, die Angeberei der Bäckergesellen gegen ihre Meister sei Schuld daran, daß dieses Gewerbe mit einer geradezu unübersichtlichen Zahl von Polizeiwachposten beglückt worden sei. Nach dem Berichte zu urteilen ist die Fähigkeit der leitenden Personen der Kammer keine solche, wie sie verlangt werden kann. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn in den Reihen der Kölner Handwerker eine immer größere Unzufriedenheit mit der Leitung der Kammer bemerkbar wird.

Mauderei aus der Praxis.

I.G. In den vorausgegangenen Maudereien haben wir wohl genügend die schlimmen Eigenschaften der Kreis- und Bandbögen erörtert und darauf hingewiesen, wie man den Maschinenbögen aus dem Wege gehen und die schlechten Eigenschaften in gute umwandeln kann. Wollen wir nun noch der gewöhnlichen Deutung in der Praxis nach dem Sägen aus Abriechen zu gehen, folgen, dann kommen wir auf die Abriechmaschine zu sprechen. Was wird dann aber von so einfachen Maschinen viel zu sagen sein? Wir werden ja sehen. Vor allen Dingen ist es die große Gefahr, welcher der Arbeiter an der Abriechmaschine ausgesetzt ist, welcher wir in folgendem einige Aufmerksamkeit schenken wollen. Nach einer vorliegenden Statistik, welche sich auf einen begrenzten Kreis erstreckt, wurden innerhalb Jahresfrist aus 121 Betrieben mit 1010 beschäftigten Maschinenarbeitern 261 Unfallmeldungen erstattet. Außer den Verletzungen an anderen Maschinen entfielen von den 261 Unfällen 26 auf die Kreisböge, 22 auf die Bandböge, jedoch 48 auf die Abriechmaschine. Hieraus schon ersieht man, wie sehr gefährlich die Arbeit an dieser Maschine ist, und noch angreiflicher wird diese Tatsache, wenn man erwägt, daß von diesen 48 Unfällen nur 7 leichter Art, dagegen aber 41 schwerer und schwerer Art waren, von welchen 15 gar den Verlust von Gliedern betrafen. 12 dieser Unfälle betrafen die rechte Hand, dagegen 36 die linke Hand, welche bekanntlich mehr der Unfallgefahr ausgesetzt ist. Wie aufjeden und bedauerlich die Gefährlichkeit der Abriechmaschine auch sein mag, muß doch jeder Fachmann zugeben, daß hierin wohl kaum Wandel zu schaffen ist durch bessere Maschinenkonstruktion oder bessere Schutzvorrichtungen. Die Gefahr besteht hauptsächlich darin, daß der Arbeiter mit seiner oder seiner linken Hand die zu hobelnden Hölzer über die Messerpalte zu führen hat, wobei durch irgend eine kleine Unregelmäßigkeit, was nicht immer absolut Unachtsamkeit des Arbeiters sein muß, Finger oder gar die ganze Hand auf die Messer geraten können. Obgleich man dringend empfehlen muß, doch möglichst die Schutzvorrichtung in Gebrauch zu halten, muß man selbst doch als unvollständig und hinterlich bei der Arbeit bezeichnen. Lange Hölzer lassen sich unter dem Schutzblech gar nicht arbeiten und das ist gerade die Gefahr, welche als bei

langen Hölzern; mithin ist die Schutzvorrichtung da, wo sie am nötigsten ist, am wenigsten brauchbar. Bei längeren Holzstücken verursacht das nötige Vorlassen vor der Schutzvorrichtung zwecks Fassung des Holzes hinter der Schutzvorrichtung stets einen kurzen Arbeitsstillstand und hat das Vorlassen und Neufassen auch wohl eine mehr oder minder veränderte Lage des Holzstückes zur Folge, was auf der Hobelfläche stets eine Unebenheit oder Ritz hervorbringt. Aus diesem und anderen Gründen wird das Schutzblech fast ausnahmslos von den Arbeitern als unpraktisch empfunden und nur ungern oder gar nicht verwendet, weil sie nicht nur genießen, sondern in störender Art die Arbeit erschweren. Aus letztem Grund ergibt sich denn auch die Tatsache, daß die Arbeitgeber lieber den Nichtgebrauch als den Gebrauch der Schutzvorrichtung sehen. Was des weitern zur Herbeiführung von Unfällen beiträgt, ist, daß die Maschinenarbeiter durch allerlei Umstände genötigt sind, ihre Kräfte auf äußerste anzuspinnen. So in den Lohnschneidereien, wo des öfteren von einer Anzahl Meister Arbeit an die Maschine kommt; der eine treibt ärger als der andere, um seine Arbeit maschinenfertig zu erhalten. Des weitern in solchen Tischlereien, wo die Gehülften im Akkord arbeiten und die einzelnen Gehülften ihr Material an die Maschine bringen. Jeder möchte zuerst bedient sein, um seine Arbeit früher als der andere zurückholen können; was zur Folge hat, daß der Maschinenarbeiter hasten und sich schinden muß, um jeden nach Möglichkeit zu befriedigen. Wie leicht ist nun aber bei solchem Drängen, Hasten und Ueberstürzen ein kleines Versehen herbeigeführt, das das Schlimmste zur Folge haben kann. Leider sind auch solche Fälle nicht selten, wo die Arbeitgeber systematisch die Hasterei betreiben, um nur die Produktionskosten möglichst zu verringern. Daß solche unsachgemäße Wursterei vielerlei Unfälle herbeiführen mag liegt auf der Hand.

Eine eigentümlich gravierende Kennzeichnung der steten menschlichen Unzufriedenheit erkennt man in dem Umstande, daß dort, wo die Maschinen bei ordnungsmäßiger Arbeit schon das zehnfache der Handarbeit leistet, vielen bei weitem nicht genug leisten. Der Maschinenarbeiter müßte statt des zehnfachen der Handarbeit das fünfzigfache herausbringen, um — die Produktionskosten zu verringern, wenngleich der Arbeiter Gefahr läuft, dabei zum Krüppel zu werden. Ist so ein Arbeiter unbrauchbar geworden, wird ein anderer eingestellt, was dem Unternehmer weniger Aufwendungen auflegt, als der Ersatz der kleinsten Maschinenschraube.

Derartige Erscheinungen sind in erster Linie als Hauptursache vieler Unfälle überhaupt anzusehen, welche sich jedoch bei der Abriechmaschine wegen ihrer besonderen Gefährlichkeit auch in besonders größerem Maße ergeben. Um die Unfälle zu vermindern, hat man bis heute alles mögliche an Schutzvorrichtungen zur Messerabdeckung konstruiert, ohne daß etwas ganz Zufriedenstellendes bis jetzt erreicht wäre. Jetzt ist man dabei, der runden Messerwelle Eingang zu verschaffen, welche zwar dem Auge den Lischpalt mehr geschlossen erscheinen läßt, jedoch die Meinung erstreckt, bei Aufsicht behindere die füllende Rundung der Welle ein tieferes Einfallen in den Spalt, wie man glaubt, daß es bei dem offenen Spalt bei Bierantwellen der Fall sei; aber in Wirklichkeit ist diese sogenannte „absolute Sicherheit“ der Rundwelle eine theoretische Annahme. Praktisch ist zu beweisen, daß die Rundwelle nicht um einen „Deut“ mehr Sicherheit bietet als die gefährliche Bierantwelle.

Im Interesse der Maschinenschneiderei-Kollegen, — damit sich diese nicht sorglos dem Sicherheitsgefühl bei Rundwellen hingeben, um gelegentlich durch schlimme Erfahrung eines Besseren belehrt zu werden betreffs der „absoluten Sicherheit“, — sollte jedes Fachblatt es sich zur Aufgabe machen, in weitestem Maße für Bekanntheit der wahren Verhältnisse Sorge zu tragen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, um sorglose Kollegen vor einer verschleierten Gefahr zu warnen, wollen wir durch eine Untersuchung den praktischen Beweis führen, daß die runde Welle statt „absoluter Sicherheit“ keine Sicherheit leisten kann. Manche Kollegen werden, wie ich selbst vordem auch, dem Augenscheine vertrauensvoll glauben, es sei doch klar ersichtlich, daß die runde Welle vollständig den Spalt fülle, mithin könne man auch nicht in den Spalt hineingeraten. Nun wohl, wenn die Maschine still steht, kann man bei Bierantwellen in den Spalt hineinfühlen, bei Rundwellen dagegen nicht, das ist richtig, rotiert jedoch die Welle, so ist diese Verschiedenheit aufgehoben und beide Wellen haben die gleichen Eigenschaften und gleiche Wirkung. Die gleichen Eigenschaften bestehen nun darin, daß die rotierenden Wellen mit ihren Messerschneiden einen wirklich dicht geschlossenen Zylinder bilden im äußeren Flugkreise und außerhalb des Wellenflügelkörpers. Ob diese Wellenkörper innerhalb des geschlossenen Messerschneidenzylinders nun rund oder kantig sind, ist ganz und gar gleich in Bezug auf die Unfallgefahr, weil eben die Messerschneiden in ihrer rasenden Schnelligkeit einen un durchdringlichen geschlossenen Zylinder bilden. Haben nun die rotierende Rund- und Bierantwelle gleiche Eigenschaften, so muß folgerichtig auch die Wirkung die gleiche sein. Es ist eine irrige Auffassung, daß man bei rotierenden Bierantwellen tatsächlich in die Tiefe des Spalles fallen konnte. Der Messerflugkreis ist die Grenze, über diese Grenze hinaus oder besser gesagt hinein, kann absolut nichts gelangen, weil die Schneiden alles wegfragen, was im Bereiche des Flugkreises kommt. Ebenso irrig ist es, zu glauben, daß bei Aufstoß auf Rundwellen, der hinter dem Flugkreis liegende runde Wellenkörper irgend etwas beitragen könnte, daß der Unfall sich weniger erheblich gestalte, aus dem gleichen Grunde, weil der Rundkörper eben unter jener Grenze liegt, welche nichts passieren läßt. Somit ist die Wirkung beider Art Wellen genau dieselbe. Die durch ihre kaum vorstellbare große Geschwindigkeit unsichtbar dahinkausenden Messerschneiden bilden also einen geschlossenen Zylinder um den innerhalb liegenden Wellenkörper, somit ist es abgesehen gleich

giltig, welche Form der Wellenkörper hat, weil er hinter dem Schneidflugkreis keinerlei Wirkung ausüben kann. Wer an die Schutzwirkung der runden Welle glauben will, könnte demnach ebenso gut glauben, daß ein Schutzraum am hinteren Dachufer die Wirkung übt, daß vom vorderen Ufer niemand in den Bach stürzen könnte. Es ist genau dasselbe, denn der schützende Rundkörper liegt hinter der Gefahrgrenze und das, was die Grenze bildet, muß alles vernichten, was nur eben herankommt und läßt nichts, gar nichts, auch nicht um $\frac{1}{100}$ Millimeter die scharfe Grenze passieren, um gegen den Rundkörper stoßen zu können. Um sich eine annähernd richtige Vorstellung von der Beschaffenheit des rotierenden geschlossenen Messerzylinders zu machen, denke man sich eine Walze von etwa 120 Millimeter Durchmesser und 376 Millimeter Umfang, welches Maßverhältnis so ungefähr der Messerflugkreis besitzt. Auf diesen Umfang von 376 Millimeter stehen zwei Schneiden mit einem Abstand von 188 Millimeter entfernt auf. Um die Messer nun zu befähigen, die Leistung unserer Messerwelle herbeizubringen, muß der Abstand zwischen den Messern von 188 Millimeter durch große Geschwindigkeiten der Umdrehungen auf Null gebracht werden, so daß das kommende Messer unmittelbar dort einschlägt, wo das vorgehende geschlagen hat, so daß die tatsächliche Auseinandersetzung durch die Geschwindigkeit statt 188 nur kaum $\frac{1}{4}$ Millimeter Abstand ergibt. Nun stellen wir uns bildlich vor, die Walze von 376 Millimeter Umfang trägt auf jedes Viertel Millimeter eine Messerspitze, was für den ganzen Umfang 1504 Messerspitzen ausmacht, damit haben wir ein Bild und Begriff der Dichtigkeit der aufeinanderfolgenden Schneiden. Wer könnte nun da noch behaupten, durch diese Messerfolge hindurch in den Spalt bei Bierlantwellen fallen zu können oder bei Rundwellen von dem innerhalb liegenden Körper geschützt zu sein vor tiefem Einsturz? Die Gefahr liegt im äußersten Messerflugkreis, der wegen seiner Dichtigkeit der Schneiden absolut undurchdringlich ist, somit ist es offenbar eine theoretische Schrulle, von einem Schutz zu sprechen, den die runde Wellenform bietet. Trotz aller Erfahrung zu Gunsten der Rundwelle, welche in allem und jeden nur theoretische Annahme und Schlusszieherei ist und nur sein kann, muß jeder denkende Kollege die Ueberzeugung gewinnen, daß die rotierende Welle eben absolut geschlossenen Zylinder bildet im Messerflugkreis.

Die Herren Theoretiker, welche da allen Ernstes von absoluter Sicherheit bei Rundwellen renommieren, haben offensichtlich keine rechte Auffassung von den tatsächlichen Verhältnissen und ist leicht der klare, unumstößliche Beweis für zu erbringen, daß vorstehende Behauptungen in allem treffend und unantastbar sind.

(Fortsetzung folgt.)

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 39. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. Sept. bis 26. September 1908 fällig ist.

Die Zahlstelle Kempfen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages in Höhe von 15 Pfg. pro Woche (Gesamtwochenbeitrag 65 Pfg.).

Militärzeit. Die demnächst zum Militär einrückenden Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, sich ordnungsgemäß den Eintritt zum Militär ins Mitgliedsbuch von der Ortsverwaltung eintragen zu lassen. Während der Militärzeit ruht die Mitgliedschaft. Nach Abgang vom Militär müssen sich die Kollegen sobald wie möglich beim Verbande wieder anmelden. Sie treten dann in ihre alten Rechte wieder voll ein. Auf Wunsch werden die Mitgliedsbücher an der Geschäftsstelle des Verbandes aufbewahrt.

Secretariat Frankfurt a. M. Die Adresse des Secretariats ist ab 25. September Schnurgasse 73 II.

Der dieswöchentlichen Zeitsendung liegt der Statutenantrag, enthaltend die auf dem Münchener Verbandstage beschlossenen Änderungen der Statuten bei. Der Nachtrag jedem Mitgliede auszuhandigen.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher 34081 und 34083, lautend auf die Namen August Stowanek resp. Josef Stockeler. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche Reaktionschluß im Bericht über den Stand der Bewegung zu senden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Zugang ist ferngehalten

- Werner nach Lünen (Höfcher), Lauterbach-Schwarzwaldbäckerstroh).
- Wagner, Drechsler, Polierer nach Coesfeld (Büding).
- Höhlermacher, Holzner, Drechsler: Brandenberg-Lobnau. (F. G. Kiefer und Josef Böhler).
- Wagner und Wagenkattler: Dären Hhd. (Scheeren).
- Wagner: Büdinghausen (Rieshoff).

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die sich daraus ergebende Unsicherheit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse macht den Kollegen, welche die Arbeitsstelle wechseln, zur Pflicht, vor in Betracht kommenden Ortsverwaltung des Verbandes zu halten.

Erfolgreich beendeter Streik bei der Firma Schulte. Nach siebenwöchentlicher Dauer wurde der Streik

mit einem vollen Erfolge beendet. Der Arbeitgeber erklärte sich bereit, die $9\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit sofort einzuführen, mit einer gleichzeitigen Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde. Maßregelungen wegen Ruhehörigkeit zur Organisation sollen nicht vorgenommen werden. Der Erfolg, den die Kollegen hier errungen haben, ist in Anbetracht der äußerst schlechten Geschäftslage als ein ansehnlicher zu betrachten und zum guten Teil dem einmütigen Aushalten der Kollegen zu verdanken.

Tarifabschluß im Glasergewerbe zu Freiburg i. B. Nach neunwöchentlichem Streik kam ein Tarifabschluß zustande, man kann sagen, mit negativem Erfolg für die Kollegen. Wenn auch seitens der Arbeitgeber bei der Kündigung des Tarifabschlusses gesagt wurde, es sei ihnen um den gleichen Ablauftermin mit den andern Bauhandwerkern im Jahre 1910 zu tun, so hat doch der Verlauf der Bewegung gezeigt, daß der schlechte Geschäftsgang dazu bemüht wurde, ganz erhebliche Verschlechterungen gegenüber dem alten Tarif eintreten zu lassen. Der einzigen Verbesserung, bestehend in zwei Pfennig Lohnerhöhung ab 1. Mai 1909, stehen mehrere Verschlechterungen gegenüber, die, wenn sie auch nicht so einschneidend sind wie das Erstere, doch sehr viel besagen, wenn man bedenkt, daß bessere Bedingungen schon drei Jahre Geltung hatten. Statt Freitags ist jetzt Samstags Jahrlage mit Wochenschluß am Freitag. Die zwei Stunden vor hohen Feiertagen sowie die im Sinne des § 616 verlorene Zeit werden nicht mehr vergütet. Der Bauzuschlag kommt in Wegfall. Ebenso ist der Arbeitsnachweis der Glaser nicht mehr im Tarif enthalten und statt der achtstündigen Kündigungsfrist wird kündigunglos gearbeitet. Die Bewegung wurde von der Kommission des sozialdemokr. Glaserverbandes geführt. Es fragt sich sehr, ob es taktisch klug war, unter den bestehenden Verhältnissen zum Streik zu greifen, denn daß die aufgewandten Gelder, Mühen und sonstigen Begleiterscheinungen dieses Streiks in keinem Verhältnis zu dem erfolgten Tarifabschluß stehen, dürfte klar sein und war mit ziemlicher Sicherheit voraus zu sehen. Unser Verband war nur mit wenigen Kollegen beteiligt. Die Arbeiterschaft wird aus dieser Tarifbewegung die Lehre ziehen müssen, daß ein Streik nicht bloß dann die Berechtigung hat, wenn ein Uebergriff der Arbeitgeber abzuwehren ist; es müssen auch die wirtschaftlichen Verhältnisse einigermaßen die Sicherheit für einen günstigen Abschluß bieten.

Lohnhöhen in Neuforg bei der Firma Kempf. Im Frühjahr versuchte bereits die Firma den Schreiner von den Akkordpreisen 10% abzuziehen. Durch eine Aussprache mit dem Kollegen Schwarzger und dem Gauleiter Stein-Nürnberg vom sozdem. Verbands, ließ sich Herr Kempf davon überzeugen, daß die Arbeiter sich das nicht gefallen lassen, worauf der Verschlechterungsplan aufgegeben wurde. Inzwischen wurde im Betriebe eine neue Maschine aufgestellt, wodurch die Füllungen und noch einige Möbelteile geschliffen werden. Obwohl diese Arbeitersparnis kaum 10% ausmacht, hat Herr Kempf ohne jede Besprechung mit den Arbeitern denselben einfach 20% von den bisherigen Akkordlöhnen in Abzug gebracht. Daraufhin haben wieder die Gauleiter mit der Firma verhandelt, ohne jedoch zu einem praktischen Resultat zu kommen. Herr Kempf hat sonderbarerweise die Arbeitervertreter aufgefodert, in den Streik zu treten, da ihm dadurch nur ein Gefallen erwiesen wird. Eine solche zweifelhafte Gefälligkeit wollten die Kollegen dem Herrn Kempf aus bestimmten Gründen nicht erweisen. Ein Teil der Kollegen hat sofort die Kündigung eingereicht. Das hat die Firma jedenfalls nicht gehofft. Ihr Plan ist dadurch durchkreuzt. Nun werden überall Schreiner für Neuforg gesucht. Hoffentlich werden sich keine Schreiner dazu hergeben, 20% unter dem bisherigen Lohn zu arbeiten.

Der Orgelbauereistreik in Mindelheim beendet. Die einmütige Arbeitsniederlegung der Kollegen und das entschiedene Auftreten der Streikleitung haben es erwirkt, daß Herr und auch Frau Schwarzbauer schon nach 8 tägiger Streikdauer Einigungsverhandlungen anbahnten. Mit dem stolzen Verzicht auf die bisherigen Arbeitskräfte war es bald vorbei, als sich herausstellte, daß die auswärtigen Kollegen keine Lust verspüren, in Massen nach Mindelheim zu ziehen. Und der einzige Klausenreißer und Spieltischmacher Heimisch, der trotz vorher gegebener Unterschrift stehen geblieben ist, konnte die Firma auch nicht retten. Da nun alle Bemühungen des Herrn Schwarzbauer, einzelne Kollegen zum Arbeiten zu überreden, scheiterten, erklärte er sich bereit, einen Vertrag abzuschließen. Das Resultat einer Unterhandlung mit dem Kol. Schwarzger war ein Vertragsabschluß auf 2 Jahre. Festgesetzt wurde die $9\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit mit $1\frac{1}{2}$ stündiger Mittagspause. Bezahlung von 10 bzw. 20 Pfg. Zuschlag für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten. Bei auswärtigen Arbeiten werden 2 und 2,20 Mk. pro Tag als Zuschlag vergütet. Auf eine Lohnerhöhung haben merkwürdiger Weise 2 Kollegen verzichtet, einige sind abgereist. Die übrigen erhielten 30 Pfg. Lohnerhöhung. Die Kündigung wurde abgeschafft; Maßregelungen dürfen wegen Beteiligung an der Lohnbewegung nicht stattfinden. Er scheint das Erreichte auch nicht als besondere Errungenschaft, so ist der Erfolg unter der Berücksichtigung der Verhältnisse doch zufriedenstellend. Leider gibt es in der Orgelbauindustrie noch einige, darunter auch große Geschäfte, in die Arbeitsverhältnisse noch schwer darniederliegen. Nämlich wollen wir hier bloß die Geschäfte Steinmeier-Dettingen und Link-Siegen a. B. In beiden Geschäften besteht noch eine 10 stündige Arbeitszeit mit einem ziemlich niedrigen Lohn. Dazu kommt, daß die Kollegen aus purer Angst vor Entlassung sich nicht getrauten, dem Verbande beizutreten. Erst wenn letzteres einmal geschieht, wird es möglich sein, die Arbeiter der gesamten Orgelbauindustrie in Bayern besser zu stellen. Inzwischen soll in gleicher Weise wie in Mindelheim weiter gewirkt werden.

Differenzen in Hannes a. Rh. Die Robelfabrik Rings und Rendel hatte den in ihrer Fabrik beschäftigten Lohnarbeitern einen Lohnabzug von etwa 10%, den Akkordarbeitern einen solchen bis zu 20% in Aussicht gestellt. Es mußte dieses um so mehr auffallen, als in der Fabrik eine von den

Inhabern selber eingeführte Arbeitsordnung bestand, deren § 22 folgenden Wortlaut hatte:

„Für die Akkordarbeiter ist ein Lohnstarif ausgearbeitet, und zwar bleiben die darin festgestellten Beträge bis zum 1. Sept. 1908 bestehen.“

Wird seitens der Firma sowohl wie von Seiten des Arbeiterausschusses zwei Monate vor Ablauf dieser Zeit nicht gekündigt, so läuft der Vertrag stillschweigend noch ein Jahr weiter.“

Als die Arbeiter mit begrifflicher Entrüstung auf den Passus in der Arbeitsordnung hinwiesen und dabei bemerkten, es sei doch von keiner Seite eine Kündigung erfolgt, erwiderte Herr Rings einfach: Wenn die Arbeiter auf den § 22 bestanden, dann entlasse ich alle und führe eine neue Arbeitsordnung ein. Es wüßte dieses ein eigenartiges Licht auf die Vertragsstreue der Firma. Von Seiten der Organisationsvertreter wurde die Firma schriftlich auf den § 22 ihrer Arbeitsordnung aufmerksam gemacht. Die Firma gab nun den Arbeitern gegenüber an, daß sie die Organisation niemals anerkennen würde. Doch ließ sie sich wenigstens nochmals zu Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuss ein und ist es infolgedessen doch gelungen, die Verschlechterungen teilweise abzumehren. Etwa durchreisende Kollegen werden gut tun, ehe sie Arbeit in Hannes annehmen, bei der Ortsverwaltung nähere Erkundigungen einzuziehen.

Ausperrung bei der Firma Scheeren in Dären. Die in Nr. 36 des Organs bereits besprochenen Differenzen bei der Firma Scheeren haben zur Ausperrung sämtlicher Kollegen geführt. Die Firma sucht nun im „Arbeitsmarkt“ neue Arbeitskräfte. Selbstverständlich wird unter eine solche Annonce nicht der Name der Firma gesetzt; dann würden ja die Arbeiter gleich darauf aufmerksam werden und Gegenmaßnahmen treffen. So aber glaubt man immer noch einige Leichtgläubige anlocken zu können. Es ist deshalb wohl angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Kollegen sich durch solche zweifelhafte Annoncen niemals sollen anlocken lassen; durch Unterlassen einer vorherigen Erkundigung hat schon mancher Kollege großen Schaden gehabt. Wenn die Firma Scheeren aber glaubt, mit solchen Mitteln anständige Arbeitskräfte in ihren Betrieb herein zu bekommen, so wird sie sich jedenfalls täuschen. Auch durch das Ausstreuen unwahrer Behauptungen, wie z. B. die Arbeiter wollten die Berechtigung haben, $\frac{1}{4}$ Stunde zu spät zu kommen, oder dieselben wollten das Recht haben, bei der Arbeit zu rauchen, oder sie hätten Lohnforderungen gestellt, wird die Situation für die Firma nicht günstiger. Wir sind überzeugt, daß es für die Firma gar nicht so schwer sein kann, eine Einigung mit ihren Arbeitern herbeizuführen, wenn sie den berechtigten Wünschen derselben nur entgegenkommen wollte, da es sich ja nicht um Lohnforderungen handelt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Herdingen. Die Agitation der sozialdemokratischen Gewerkschaften in unserm Orte litt längere Zeit unter Lokalmangel. Nachdem es gelungen ist, ein Lokal zu erhalten, sollte man glauben, die „Genossen“ würden nun die Gelegenheit einzügig zur Stärkung ihrer Organisation benutzen. Aber weit gefehlt. Sie scheinen es vielmehr als ihre Hauptaufgabe zu betrachten, gegen die christlichen Gewerkschaften zu gehen und das bestehende leidliche Verhältnis vollends zu zerstören, wodurch die Interessen der Arbeiter selbstredend schwer geschädigt werden. Besonders hat sich hierin der sozialdemokratische Holzarbeiterverband hervorgetan, der in seiner letzten Versammlung in der schloßartigen Weise über die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer herfiel. Aus diesem Grunde berief unsere Zahlstelle eine Versammlung ein, die sehr stark besucht war. Auch die „Genossen“ hatten sich unter Führung ihres Kollegen Element eingefunden. Kollege Schwarzger referierte über die Handlungsweise des sozialdemokratischen Verbandes, wobei die „Freien“ manche bittere Wahrheit zu hören bekamen. „Genosse“ Element suchte nach bekannter Manier an der Hand eines roten Flugblattes mit „sprechenden Zahlen“ die Anwesenden von der Allmacht der roten Verbände zu überzeugen, wurde hierbei aber gründlich der Unwahrscheinlichkeit überführt. In diesem Flugblatt war nämlich vielfach für die Leistungen des deutschen Verbandes ein Zeitraum von zwei Jahren zugrunde gelegt, wogegen die Leistungen des christlichen Verbandes nur für ein Jahr berücksichtigt waren. Hierdurch mußte sich die Leistung des deutschen Verbandes natürlich wesentlich erhöhen. Nach einer diesbezüglichen Aufklärung zog es „Genosse“ Element vor, hierüber zu schweigen und weil er aufeinander nichts mehr Besseres wußte, mußten natürlich „Zentrumsgewerkschaften, Religion, Katholikentag usw.“ herhalten. Solche Leute sieht man zur Vernichtung der christlichen Gewerkschaften aus. Einen recht geistreichen Eindruck machte der Held, als ihm unser Kollege Steden seine und seiner Kollegen Sünden vorstellte. Kollege Steden verurteilte entschieden das arbeiterschädigende Treiben der roten Kollegen in Herdingen und wies auf unsere Nachbarstadt Krefeld hin, wo beide Verbände zum Nutzen der Kollegen in gewerkschaftlichen Fragen Hand in Hand arbeiteten. Ob sie wollten oder nicht, hierin mußten ihm auch die Kollegen des deutschen Verbandes beipflichten. Für den Humor sorgten in dieser Versammlung die „Genossen“ auch, indem einer derselben in pathetischer Zone der freundlichen Mitwelt verkündete, in den freien Gewerkschaften sei bis heute noch nicht ein einziger Streikbrecher zu verzeichnen gewesen. Das wollten nun doch seine eigenen Genossen nicht glauben. Die Herdinger Kollegen mögen aber aus diesen Veräffeln lernen, wie notwendig ein starker Ausbau unserer Organisation durch unablässige eifrige Agitation ist.

Kempfen. Sonntag den 13. September fand hier außerordentliche Mitglieder- oder besser gesagt, Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand ein wichtiger Punkt, nämlich Vertragsanhebung und des weiteren, ein Referat des hiesigen Arbeitersecretärs, Kollegen Bengl über „Grundlagen einer Gewerkschaft“. Man erledigte den zweiten Punkt zuerst und führte der Referent in kurzen Zügen folgendes aus:

1. Die Gewerkschaft darf als Mitglieder nur gewerbliche Lohnarbeiter aufnehmen. Würden Mitglieder anderer Stände der Gewerkschaft als Mitglieder angehören, so würde sehr oft die Interessensvertretung auf beruflichen Gebiete in Frage gestellt. Es muß eine Organisation von Arbeitern und für Arbeiter sein. Verschiedene Organisationen „haben mit der Aufnahme von Nichtarbeitern oder mit dem dreirenden lassen“ von Nichtarbeitern sehr schlimme Erfahrungen gemacht; z. B. die sozial. Gewerkschaften, die Jahrgarstellungen, die Gelben usw.

2. Die Gewerkschaften müssen nach Beruf gegliedert sein, denn anderns sind die Fachfragen kaum zu erledigen. Insbesondere sind es die Tarifverträge, welche nach Gewerben abgeschlossen, als Grundlage den Zusammenschluß der Arbeiter des betr. Gewerbes in eine Berufsorganisation bedingen.

3. Die Gewerkschaft ist eine Interessenvertretung auf nur wirtschaftlichem Gebiete und auch hier nicht auf allen Gebieten. Zwar hat die Gewerkschaft die Aufgabe sich auch sozialpolitisch zu betätigen, indem sie für das Koalitionsrecht eintritt und den Arbeiterkämpfen, sowie die Arbeiterversicherungsgeetze fördert, doch wäre es falsch, wenn die Gewerkschaft es als ihre Aufgabe betrachtete z. B. den Ein- und Verkauf von Konsumartikeln zu regeln. Dies ist Aufgabe anderer Organisationen oder hat eine solche Tätigkeit vollständig frei von der Gewerkschaft zu gehen.

4. Die Gewerkschaft hat Gegenwartarbeit zu leisten; also sich nicht mit Zukunftsmusik zu befassen. Wie kann das Verhältnis der Mitglieder in ihrer wirtschaftlichen Existenz unter den derzeitigen Verhältnissen gebessert werden? muß die Kernfrage der Gewerkschaft sein. Andere Fragen zu erörtern ist nicht Sache der Gewerkschaft.

5. Die Gewerkschaft muß eine wirtschaftliche Macht sein und zwar schon deswegen, weil ihren Bestrebungen der äußerste Widerstand entgegenzusetzen wird. Wie oft müssen ein paar Pfennig Lohnerrungen werden. Zudem ist vorläufig ein Tarif nur durch eine stark finanzierte Gewerkschaft garantiert. Deshalb ist neben einer starken Mitgliederzahl, Geld in der Kasse für eine Gewerkschaft unerlässlich. Dies möchten die Kollegen stets beachten und auch für die heutige Versammlung berücksichtigen. — Reicher Beifall lohnte den Redner, der versprach, in den nächsten Versammlungen seine Vorträge fortzusetzen.

Beim Punkt Beitragserhöhung schilderte der Vorsitzende, Kollege Schilles, nachdem Kollege Kreis den Kassenstand bekannt gegeben hatte, die Notwendigkeit bzw. Zweckmäßigkeit der Erhöhung des Beitrages um 5 Pf. pro Woche. Nach einer kurzen Diskussion wurde zur Abstimmung mit Stimmgabeln geschritten, welche ergab, daß alle anwesenden Kollegen, mit einer Stimmenmehrheit, für die Erhöhung waren. Dies Ergebnis wurde mit großer Begeisterung angenommen um so mehr als nur 2 Kollegen wegen Krankheit in der Versammlung fehlten. Auf Wiedersehen in der nächsten Versammlung!

Sterbefall.

Kurt Diekmann, Schreiner, gestorben zu Düsseldorf.
 J. Schaaß, Schreiner, gestorben zu Düsseldorf.
 Jakob Altes, Schreiner, gestorben zu Rheinhelmsdorf.
 Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Die Generalversammlung des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes, die zu Beginn des Monats September in München tagte, fasste eine Anzahl von wichtigen Beschlüssen. Zu den gehaltenen Resolutions über die „Beitragserhöhung“ und des „Kartell- und Syndikatswesen“ wurden folgende Resolutionen angenommen:

Beitragserhöhung: Die fünfte Generalversammlung des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes in München 1908 erachtet die Beitragserhöhung um 5 Pf. pro Woche für notwendig und notwendig als der am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft getretenen Beschlüssen der Generalversammlung in München 1907, in der sich in größerem Rahmen beschriebene Beitragserhöhung, sowie die dabei den Beiträgen der erwerbenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie zur Folge haben, eine schwere pekuniäre Schädigung, sowie Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter.

Die Generalversammlung erachtet daher die Forderung: Die Beitragserhöhung um 5 Pf. pro Woche für Privatversicherung zu unterstützen, mit der Maßgabe, daß:

1. der Einfluß der Beitragsmitglieder auf die Bewerter der Kassen in Vertretung ihrer Beitragsleistung vergrößert wird;
2. den Arbeitern die Möglichkeit gegeben wird, bei Lösung des Arbeitsverhältnisses sich die erworbenen Rechte zu erhalten oder die gewählten Beiträge unter Ausschaltung des bestehenden Beitragsverhältnisses zurückzuführen.

Sollte auf Grund der zur Zeit bestehenden Gesetzgebung eine Regelung in obigen Sinne nicht möglich sein, so soll die Generalversammlung an die Gesetzgebungsstellen die Forderung, eine gesetzliche Regelung der Beitragserhöhung in obigen Sinne zu erlassen.

Kartell- und Syndikatswesen: Die Generalversammlung ist im Prinzip keine Gegnerin der modernen Produktionsformen, wie sie sich in den Syndikaten und Kartellen herausbilden, erachtet jedoch hierin ein Mittel, um die Produktion zu erhöhen und geschäftlicher zu gestalten, was bei richtiger Anwendung dem Gewerkschaftler nur vorteilhaft sein kann. Die Generalversammlung verurteilt dagegen eine solche Vereinigung, welche die Interessen der Arbeiter zu wahren, welche dem Zweck dienen, die Arbeiter zu wirtschaftlicher Lage zu führen, die Generalversammlung ist im Prinzip keine Gegnerin der modernen Produktionsformen, wie sie sich in den Syndikaten und Kartellen herausbilden, erachtet jedoch hierin ein Mittel, um die Produktion zu erhöhen und geschäftlicher zu gestalten, was bei richtiger Anwendung dem Gewerkschaftler nur vorteilhaft sein kann. Die Generalversammlung verurteilt dagegen eine solche Vereinigung, welche die Interessen der Arbeiter zu wahren, welche dem Zweck dienen, die Arbeiter zu wirtschaftlicher Lage zu führen.

Für das innere Verbandsleben ist ein einstimmig gefasster Beschluß von Wichtigkeit, wonach der Verbandsbeitrag bei den bisherigen Unterstützungen 60 Pfg. pro Woche beträgt; daneben werden zwei freiwillige Klassen eingeführt, eine mit 40 Pfennig wöchentlich — ohne Krankenunterstützung — mit einer Arbeitslosenunterstützung von 6 Mark pro Woche für 6 Wochen und einer verringerten Streikunterstützung, während die anderen Unterstützungen bleiben; die zweite Klasse von 90 Pfg. mit erhöhter Streikunterstützung und Arbeitslosenunterstützung vom 3. Tage ab für 26 Wochen. — Die neue Beitragserhebung tritt am 1. Okt. d. J. bereits in Kraft. Der 40 Pfg. Beitrag soll hauptsächlich für diejenigen Mitglieder sein, die in einer zweiten Krankenkasse versichert sind und so kein großes Interesse an der Arbeitslosenunterstützung haben, ferner für die ganz schlecht Entlohten, während der 90 Pfg.-Beitrag ein freiwilliger ist. Bei dem 60 Pfg.-Beitrag bleiben die bisherigen Unterstützungen unverändert bestehen, mit Ausnahme der Streikunterstützung, welche für Unverheiratete auf wöchentlich 12 Mark, und für Verheiratete auf 14 Mark bis zum Höchstbetrag von 18 Mark festgelegt wurde. Beim 40 Pfg.-Beitrag fällt die Arbeitslosenunterstützung fort, für Arbeitslose werden auf die Dauer von 6 Wochen 6 Mark Unterstützung bezahlt. An Streikunterstützung erhalten für diesen Beitrag die Ledigen 10 Mark und die Verheirateten 11 Mk. bis zum Höchstbetrage, von 15 Mk. pro Woche. Diejenigen Mitglieder, welche 90 Pfg. wöchentlich Beitrag bezahlen, erhalten die Arbeitslosenunterstützung vom dritten Tage ab auf die Dauer von 26 Wochen. Streikunterstützung wird diesen Mitgliedern in Höhe von 13 Mk. für Unverheiratete und 16 Mk. bis zum Höchstbetrage von 20 Mark für Verheiratete gezahlt.

Von den sonstigen Beschlüssen des Verbandstages seien folgende erwähnt:

Der Titel des Verbandes soll von nun an lauten: „Christlicher Metallarbeiterverband Deutschland.“ — Alle bestehenden Lokalstatuten der einzelnen Ortsgruppen sind mit dem 1. Oktober dieses Jahres außer Kraft und Geltung gesetzt und bedürfen von da an der Genehmigung des Zentralvorstandes. — Die Anträge betreffs Erhöhung des Lokalaufwandes wurden abgelehnt und die bisherigen 15% belassen mit der Einschränkung, daß von dem 90 Pfg.-Beitrag nur 10% den Ortsgruppen verbleiben. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde Duisburg in Aussicht genommen, die endgültige Festsetzung aber dem Vorstand übertragen.

Der sozialdemokratische Tapeziererverband besitzt ein Organ, das sich sehen lassen kann. Es bietet vor allem den „freigewerkschaftlichen“ Proleten, deren „Ueberzeugung“ eine Steifigkeit von unter 8 cm nicht duldet, eine Kost, die von diesen zu verdauen ist. Oberflächlich, wegwerfend, nasenrumpfend sind die „guten“ Eigenschaften, die das genannte Blatt besitzt. Eine Probe davon bietet auf neue die Nr. 38 des „Korrespondenzblattes des Verbandes der Tapezierer“. Hier finden sich zwei Artikel, die Zeugnis ablegen von der geistigen Verfassung der freien Tapezierer-Intelligenzen. Der eine Artikel behandelt „die Christlichen im Jahre 1907“, der andere redet „vom Katholikentag“. Im ersterem wird der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften u. a. wie folgt glossiert:

„Zusammenfassend läßt sich der ganze Bericht in den Satz: Obwohl wir christlichen Gewerkschaften auch in der Mitgliederzunahme wie in finanzieller Hinsicht vorwärts gekommen sind, ist unsere Lage schwieriger denn je. Für die Stärke der Gewerkschaften werden einzelne Tarifabschlüsse in der Krisenzeit 1907 und dazu vergleichend von 1902 angeführt, aus denen hervorgeht, daß es den Arbeitern auch in solchen Zeiten gelangt, etwas an Lohnerhöhung herauszuholen. Dies Verdienst gehört aber allein den freien Gewerkschaften, denn das waren die christlichen Gewerkschaften, selbst wenn sie Forderungen erkämpfen wollten, zu schwach, und zum anderen sind dies keine Fortschritte, solange die Lohnbewegung die erhöhten Lebensmittelpreise nicht übersteigt. Die christlichen Gewerkschaften nehmen also „bescheiden“ das von den freien Gewerkschaften erkämpfte für sich in Anspruch. Den gelben Streikerevereinen wird keine Zukunft prophezeit, man rät von diesen nationalen Kartellverbänden ab. Aber nur offiziell. Inoffiziell sieht man bei Gewerkschaftswahlen sehr gerne den Unternehmersonservationen, die sich jetzt in den christlichen Gewerkschaften freudiger stellen als früher, sich versichert, daß die christlichen Gewerkschaften schon früher nichts anderes als treue Knechte der Unternehmer hätten sein wollen, wenn die christlichen Tapezierer über starke Löwe anstünden, so habe dies seinen Grund in folgenden: Mit Einheitslohn sind bei der starken Lohnbewegung in Deutschland Arbeitermassen nicht zu gewinnen. Das sind die Zahlen und die Zahlenbücher der R. Gladbacher Gewerkschaftsschule.“

Das Kapitel Lohnbewegung ist nicht zu behandeln, da die Lohnbewegung der freien Gewerkschaften bei den Zahlen offenbar mit eingebegrienen ist, wo sich die

Christlichen mit beteiligten mußten, wenn sie nicht mit Grundbegehren wollten.

Die Leistungen der Christlichen stehen zu denen der freien Gewerkschaften in einem so minimalen Verhältnis, daß damit die Ueberfülligkeit der christlichen Gewerkschaften ganz klar ist.“

Auf die hier wiedergegebenen Plattheiten einzugehen, verlohnt sich bei der „gewerkschaftlichen Bedeutung“ des sozialdemokratischen Tapeziererverbandes und seines Organes nicht. Gegen derartigen Unsinn die christlichen Gewerkschaften verteidigen, hiesse, gewissen Leuten zu viel Ehre antun.

Bei dem Artikel „Vom Katholikentag“ zeigt sich die „Neutralität“ des Tapeziererverbandes in vollem Lichte. Das muß gesagt werden in anbetacht des Umstandes, daß leider noch so viele Berufsangehörige, die konfessionellen Vereinen angehören, gedankenlos im Troß des „Korrespondenzblattes“ des Verbandes der Tapezierer“ mittrollen. U. a. heißt es im dem Artikel:

„In Düsseldorf tagte in der letzten Woche der 56. Jahreskongress der Katholiken Deutschlands. Diese Tagung ist eigentlich nichts anderes als der Parteitag des Zentrums, eine Paradeschauspielung, bei welcher die Arbeiter die Statisten spielen. Die katholischen Arbeiter stellen ein entsprechend großes Heer der Teilnehmer, trotzdem kommt für sie als Resultat dieser Versammlung in der Regel nicht viel heraus. Das Programm wird vorher sorgsam festgesetzt und streng danach verfahren. Für die öffentlichen Tagungen gibt es keine Diskussion, und selbst in den geschlossenen wird nur kurze Redezeit zur Diskussion gewährt.“

Die christliche Arbeiterbewegung, die sonst immer als völlig neutral gegenüber der freien resp. sozialdemokratischen hingestellt wird, betrachtet das Zentrum als seine politische Interessenvertretung.

Trotzdem das Zentrum ohne die christlichen Arbeiter keine politische Stellung nicht behaupten kann, behandelt es die bekanntesten christlichen Arbeiterführer, die sich von den Pfaffen nicht in wirtschaftliche Fragen hineinreden lassen wollen, mit äußerster Mißfallen. Bekanntlich hat man die christlichen Gewerkschaften nur geschaffen aus Angst vor der Sozialdemokratie. Man wollte die Arbeiter abhalten, in die modernen Organisationen einzutreten.“

Nachdem dann einzelne Resolutionen, die der Katholikentag angenommen hat, besprochen werden, wird die Resolution, die sich mit der sog. Strafreform beschäftigt, folgendermaßen kommentiert:

„Was die Pfaffen durch Heuchelei und Ruchergeschichten herangezogen haben, beweisen jene Länder, die noch heute unter der Pfaffenherrschaft stehen. Dort ist die Zahl der Verbrecher und Verbrechen bedeutend größer als in kulturfreien fortgeschrittenen Staaten.“

Der Weisheit Schluß ist dann:

„Diese Katholikentage suchen durch großes Brimborium durch Wallfahrten, Umzüge und möglichst großen Pomp die Volksmassen zu verwirren, darauf kommt alles an. Es ist nur zu hoffen, daß alle Freunde wahrhaftiger Fortschritte, wahrhafter Aufklärung den traurigen Dunkelmännern entgegenreten, wo sie nur können. Freie und kluge Bildung macht frei. Das sei unsere Parole. Gegen die Pfaffenherrschaft!“

Hinzuzufügen haben wir auch diesen Leistungen der sozialdemokratischen Tapeziererorgans nichts. Das „Niedrighängen“ dürfte genügen.

Soziale Rundschau.

Nur ein Arbeiter! Der Sekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes Jörres in Düsseldorf war vor längerer Zeit wegen Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung begangen durch die Herausgabe eines Flugblattes anläßlich eines Streiks in Wiktath, angeklagt, vom Schöffengericht Odenkirchen aber freigesprochen. Auf die Berufung Amtsanwals hin verurteilte ihn jedoch die Strafkammer Nr. Gladbach zu vierzehn Tagen Gefängnis. Da ein Gehalt um Strafausschub abgelehnt wurde, verbüßte nunmehr der Verurteilte in der Zeit vom 20. Juli bis 3. August Düsseldorf Gefängnis seine Strafe. Nicht wenig erstaunt, er als er fünf Wochen später, am 9. Sept., Grund eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft durch Polizei verhaftet wurde, um die bereits verbüßte Strafe abzulösen. Der Hinweis, daß die Strafe bereits verbüßt, nichts, er wurde unter polizeilicher Bedeckung durch Straßen zur Wache geführt, wo sich schließlich der Justiz aufklärte und der Mann entlassen wurde. — Das hätte einem Nichtarbeiter passieren sollen, ein Sturm stichtiger Rührung wäre herausbeschoren worden. Aber so —

Adressenveränderungen.

Darmstadt. R. Karl Lauer, Rathhuldenplatz 4.
 Duisburg. R. A. J. Sale, Seitenstraße 19. 12—1 u. 8—
 Sch. Gmund. R. Fritz Lohse, Zährtensteg 16.

Briefkasten.

2. in 6. Ein derartiger Antrag ist bis heute bei der Geschäftsstelle des Verbandes nicht eingelaufen. Der Wunsch wird auch kaum erfüllt werden.

Wollwäb. Bürstentabak
 Rumburg (Schl.)
 Billigste und vorzüglichste Belegware für alle Sorten Bürstenwaren
 In den Haupt- und industriellen Betrieben. Schreiner und einschreibenden Maschinen prompt und billig. Hochachtungsvoll auf geschäftlichen Verkehr ganz zu Diensten.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Direktor & STREICH
 Werkmeister, Techniker, Zeichner, gesetzliche Meisterprüfung.
 Anerkannt vorzügliche, einzig dastehende Lehrmethode. — Programm frei durch:
 No. 100, Bayerschestraste Nr. 115.

Für Schreiner!
 Hebrard Mischel, ca. 60 Jahre alt mit 300 Zeichnen, 1-10jährig, für 20 Mk. Jahreslohn 20 Mk. in
 H. Rosl, Kassel, Düsseldorf

Welche Zahlstelle
 kann einem tüchtigen Bildhauer und einem tüchtigen Tapezierer, die schon längere Zeit arbeitend sind, Stellung verschaffen?
 Kommt bedingte Erwähnung zu richtigen ad. G. 11. 11. 11.

Detmold.
 Grösste
Tischler-Fachschule
 Programm frei. Dir. Reineking
 Zum Selbstunterricht empfehle:
 Die Formenlehre: Tischler à Mk. 1.
 Die Stilllehre I. J., f. Tischler à Mk. 1.
 Zu beziehen von
Direktor Reineking, Detmold